

# DAS ENGAGEMENT MUSLIMISCHER ORGANISATIONEN IN DER SCHWEIZ GEGEN GEWALTBEREITEN EXTREMISMUS

*Von Darius Farman und Fabien Merz*

*Bisher fehlte eine wissenschaftlich basierte Übersicht über die Beiträge von Muslimen in der Schweiz zur Prävention von gewaltbereitem Extremismus (PVE). Interviews mit Vertretern von Muslimverbänden und -organisationen in der Schweiz sowie mit Behördenvertretern auf Stufe Bund und Kanton helfen, Trends und Dynamiken sowie Chancen und Probleme aufzuzeigen. Es lohnt sich, abseits der medial dominierenden negativen Einflüsse von Moscheen auf dschihadistische Radikalisierung auch die konstruktiven und positiven Beiträge der Schweizer Muslime zu PVE auszuloten.*

## EINLEITUNG

Der dschihadistische Anschlag in London (2005) begingen Menschen, die im Westen aufgewachsen sind und gelebt haben. «Hausgemachter Terrorismus» stellt seither für europäische Länder ein gravierendes Sicherheitsproblem dar. Die Erkenntnis, dass Mitglieder der eigenen Gesellschaft dem Sirengesang der dschihadistischen Ideologie erliegen, sich radikalieren<sup>1</sup> und Terrorakte durchführen, trug unter anderem dazu bei, dass die am stärksten betroffenen europäischen Länder ihre Strategien zur Terrorbekämpfung um den Aspekt der Prävention ergänzt haben.<sup>2</sup>

Als Antwort auf die Londoner Anschläge von 2005 legte Grossbritannien als eines der ersten europäischen Länder in der Terrorismusbe-

1 Unter dschihadistischer Radikalisierung wird der Prozess der Übernahme eines extremistischen Glaubenssystems verstanden, das den Dschihad mit der damit verbundenen Gewalt gegen «Ungläubige» als Weg zu einer gewünschten gesellschaftlichen Veränderung (im Sinne eines «Gottesstaates») versteht. Lorenzo Vidino, *Jihadistische Radikalisierung in der Schweiz* (Zürich: CSS, ETH Zürich, 2013); Miryam Eser Davolio et al., *Hintergründe jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz* (Zürich: ZHAW, 2015).

2 Peter Romaniuk, *Does CVE Work? Lessons Learned From the Global Effort to Counter Violent Extremism* (Indiana: Global Center on Cooperative Security, 2015), S. 2.

kämpfung besonderen Nachdruck auf Prävention.<sup>3</sup> Auch die EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung von 2005 begriff Prävention als eine ihrer Säulen. Bereits Anfang der 2010er-Jahre hatten Norwegen, Dänemark und die Niederlande ihre nationalen Strategien zur Terrorbekämpfung um eine präventive Dimension ergänzt.<sup>4</sup>

Die Schweiz ist bisher von dschihadistischer Gewalt und dem Phänomen dschihadistischer Radikalisierung weitestgehend verschont geblieben.<sup>5</sup> Entsprechend wurde die Prävention von gewaltbereitem Extremismus hierzulande lange als nicht entscheidend für die Sicherheit angesehen. Es gibt allerdings Anzeichen dafür, dass die Faktoren bröckeln, welche die Schweiz bisher vom Phänomen der dschihadistischen Radikalisierung isoliert haben. Dies hängt mit den ausser Kontrolle geratenen Konflikten in Syrien und im Irak, der gewachsenen Bedeutung des «Islamischen Staats» (IS) und der sich daraus ergebenden neuen Welle dschihadistischer Radikalisierung seit 2013 zusammen.<sup>6</sup>

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) hat zwischen 2001 bis Mai 2013 nur 20 dschihadistisch motivierte Reisen registriert. Bis Mai 2014 verdoppelte sich diese Zahl.<sup>7</sup> Heute geht der NDB davon aus, dass sich 89 Personen mit Bezug zur Schweiz dschihadistischen Gruppen angeschlossen haben, darunter 75 in Syrien und im Irak.<sup>8</sup> Anfang 2017 hat der NDB zudem rund 500 Internetnutzer wegen ihrer Sympathiebekundungen für die dschihadistische Ideologie oder ihrer Verbindungen zur Dschihadistenszene erfasst. Von 90 Personen geht laut den Behörden eine Gefahr für die Sicherheit der Schweiz aus. Anfang 2017 waren rund 60 Strafverfahren im Zusammenhang mit Terrorismus am Laufen.<sup>9</sup>

3 Vgl. Owen Frazer / Christian Nünlist, «Countering Violent Extremism in der Terrorismusbekämpfung» in: *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik* Nr. 183 (2015).

4 Vgl. Romaniuk, *Does CVE Work?*

5 Vgl. Daniel Glaus / Lorenzi Vidino, «Swiss Foreign Fighters Active in Syria», in: *CTC Sentinel*, Nr. 7 (2014), S. 8–11.

6 Fabien Merz, *Switzerland's Response to the new Terrorist Threat*, 26.10.2016.

7 NDB, «Menace terroriste, voyageurs du jihad et loi sur le renseignement», in *Revue Militaire Suisse*, Nr. 1 (2016), S. 50ff.

8 NDB, *Dschihadistisch motivierte Reisebewegungen: Zahlen August 2017*, 17.8.2017.

9 *Massnahmen der Schweiz zur Bekämpfung des dschihadistisch motivierten Terrorismus: Dritter TETRA-Bericht*, April 2017; «Jung, männlich, aus der Agglo: Nachrichtendienst geht von rund 90 gefährlichen Dschihadisten aus», in: *Aargauer Zeitung* (2.5.2017).

Aufgrund des neuen Ausmasses einheimischer Radikalisierung und der zunehmenden Bedeutung der Prävention gewaltbereiten Extremismus (*Prevention of Violent Extremism*, PVE) im internationalen Umfeld<sup>10</sup> hat PVE auch in der Schweiz an Relevanz gewonnen. Die Schweiz hat nicht nur ihre Bemühungen zur allgemeinen Terrorbekämpfung verstärkt, sondern in ihrer 2015 vorgestellten ersten nationalen Strategie zur Terrorismusbekämpfung eine starke präventive Dimension verankert. Dies umfasst Aktivitäten zur Verhinderung von Radikalisierung durch Massnahmen in den Bereichen Bildung, (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Integration, Religion und Sozialhilfe sowie Massnahmen in Gefängnissen, Jugendzentren und Kulträumen. Besonderes Augenmerk wird zudem darauf gelegt, gute Beziehungen zu «besonders betroffenen» Gemeinschaften zu unterhalten und ihre Stigmatisierung zu verhindern.<sup>11</sup>

Ein 2016 veröffentlichter Bericht des Sicherheitsverbunds Schweiz (SVS), dem Koordinationsorgan der sicherheitspolitischen Akteure auf den Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene, verschaffte einen Überblick über bis dahin ergriffene Präventionsmassnahmen in der Schweiz. Er nannte die Verhinderung von Radikalisierung eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft und forderte, dabei nach Möglichkeit muslimische Organisationen einzubeziehen.<sup>12</sup> Muslimische Organisationen können bei der Prävention von dschihadistischer Radikalisierung in der Tat einen positiven Beitrag leisten. Untersuchungen im Ausland haben gezeigt, dass muslimische Nichtregierungsorganisationen, religiöse Netzwerke, Gemeinschafts- und Wohltätigkeitsorganisationen in diesem Bereich zunehmend aus Eigeninitiative aktiv werden und häufig eigene PVE-Massnahmen entwickelt haben.<sup>13</sup>

Beiträgen der Muslime in der Schweiz in diesem Bereich wurde bislang erst wenig Aufmerksamkeit zuteil. Ziel dieses Kapitels ist es nicht, eine vollständige Liste aller Massnahmen und Initiativen der muslimischen Organisationen in der Schweiz zu erstellen, sondern die wesentlichen Trends und Dynamiken, Chancen und Probleme zu erfassen, mit

10 Vgl. Romaniuk, *Does CVE Work?*; Frazer/Nünlist, *Countering Violent Extremism*.

11 *Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung*, 18.9.2015.

12 *Präventionsmassnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung: Eine Bestandesaufnahme in der Schweiz*, Juli 2016.

13 Vgl. Romaniuk, *Does CVE Work?*.

denen sich die beteiligten Akteure konfrontiert sehen. Zudem sollen die Spannungsfelder aufgezeigt werden, die entstehen können, wenn muslimische Organisationen zu PVE beitragen. Das Kapitel basiert auf semi-strukturierten Interviews mit Vertretern muslimischer Organisationen, Mitgliedern der zuständigen Behörden auf Bundes- und Kantonebene, einschlägig tätigen Wissenschaftlern sowie auf Sekundärliteratur.

An dieser Stelle sind zwei Vorbemerkungen nötig. *Erstens* betrifft PVE die gesamte Gesellschaft, auch die Behörden und die Zivilgesellschaft. Deshalb sollte man nicht aus den Augen verlieren, dass die Bemühungen der muslimischen Gemeinschaften in diesem Bereich nur einen kleinen Teil der Gesamtbemühungen ausmachen können. *Zweitens* behandelt dieses Kapitel nur die Beiträge muslimischer Gemeinschaften in der Schweiz zu PVE. Dies soll die Tatsache, dass einige Moscheen in manchen Fällen zur Radikalisierung beigetragen haben, weder verleugnen noch herunterzuspielen. Das Kapitel setzt den Schwerpunkt aber nicht auf die Förderung extremistischer Gewalt in der Schweiz. Es beschäftigt sich damit, wie die Muslime in der Schweiz verschiedene Präventivmassnahmen konstruktiv umsetzen können und dies auch bereits tun.

## 1 MUSLIMISCHE ORGANISATIONEN IN DER SCHWEIZ

Eine Analyse der Beiträge muslimischer Organisationen<sup>14</sup> in der Schweiz zu PVE bedarf zunächst eines Überblicks über diese Organisationslandschaft sowie über die sozialen und politischen Zwänge, denen muslimische Organisationen unterliegen.

### 1.1 SOZIODEMOGRAFISCHE ASPEKTE

2014 lebten etwa 450 000 Menschen muslimischen Glaubens in der Schweiz. Dies entspricht 5,5 Prozent der Schweizer Bevölkerung.<sup>15</sup> Etwa

14 Eine Organisation wird hier definiert als formelle oder informelle Gruppe, die Personen vereint, um in einer mehr oder weniger strukturierten und langfristigen Form auf gemeinsame Ziele hinzuarbeiten. Vgl. Mounia Bennani-Chraïbi / Sophie Nedjar / Samina Mesgarzadeh, «Rapport final. L'émergence d'acteurs associatifs musulmans dans la sphère publique en Suisse», *NFP* 58 (2011), S. 2. Muslimische Organisationen, die in der Schweiz ansässig, aber nur im Ausland aktiv sind (z.B. Islamic Relief) werden nicht berücksichtigt.

15 Mallory Schneuwly Purdie / Andreas Tunger-Zanetti, «Switzerland», in: Oliver Scharbrodt (Hrsg.), *Yearbook of Muslims in Europe*, Vol. 8 (Leiden: Brill, 2016), S. 682.

die Hälfte der Muslime in der Schweiz sind Staatsangehörige von Ländern des Westbalkans (37,5 Prozent)<sup>16</sup> oder der Türkei (11,7 Prozent). In den letzten Jahren hat die relative Grösse dieser Gruppen schrittweise abgenommen,<sup>17</sup> während der Anteil von Muslimen mit Schweizer Staatsangehörigkeit gestiegen ist und sich von 12 Prozent<sup>18</sup> im Jahr 2000 auf mittlerweile 35 Prozent<sup>19</sup> fast verdreifacht hat. Ein wesentliches Merkmal der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz ist ihre relativ gering ausgeprägte Religiosität. 15 Prozent üben regelmässig ihre Religion aus.<sup>20</sup>

## 1.2 ORGANISATIONSLANDSCHAFT

Die Abbildung auf der folgenden Seite bietet einen Überblick über die Organisationsstruktur muslimischer Organisationen in der Schweiz. Es gibt zwar zwischen 300 und 350 muslimische Organisationen, darunter etwa 240 Moscheen.<sup>21</sup> Es existiert aber kein landesweiter Dachverband sämtlicher Muslime in der Schweiz. Vielmehr ist die Organisationslandschaft heterogen und fragmentiert.<sup>22</sup>

- 16 16.8% stammen aus dem Kosovo. Vgl. Mallory Schneuwly Purdie, «Musulmanes et musulmans de Suisse: Un éclairage sociodémographique», Vortrag gehalten an Fachtagung zu «Muslimfeindlichkeit, Gesellschaft, Medien und Politik», Freiburg, 11.9.2017.
- 17 Schneuwly Purdie, *Wenn Vielfalt reduziert wird: Reflexionen über das «Muslim-Sein» in der Schweiz*, S.53.
- 18 Ebd., S.52.
- 19 Diese Zahl beinhaltet nur Personen, die älter als 15 Jahre alt sind, und unterschätzt deshalb den wirklichen Anteil von Schweizer Muslimen. Telefoninterview mit Dr. Mallory Schneuwly Purdie, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft, Universität Freiburg, 5.9.2017.
- 20 Monika Salzbrunn, «Epilogue: Être musulman en Suisse hors mosquée, Notes méthodologiques et perspectives épistémologiques», in: Christophe Monnot (Hrsg.), *La Suisse des mosquées* (Genf: Labor and Fides, 2013), S.245; Silvia Martens, «Wohltätiges Engagement von Muslimen in der Schweiz», in: Brigit Allenbach / Martin Sökefeld (Hrsg.), *Muslime in der Schweiz* (Zürich: Seismo, 2010), S.164.
- 21 Eine Moschee ist hier definiert als eine Vereinigung, die über einen aktiven Gebetsraum verfügt. Monnot, *Associations musulmanes de Suisse*, S.33; Schneuwly Purdie / Tunger-Zanetti, *Switzerland*; Sandrine Hochstrasser, «La Suisse et ses près de 400 000 musulmans, une histoire parfois complexe», in: *Le Temps* (22.2.2015). Die Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS) geht von 280 Moscheen aus. Interview mit Pascal Gemperli, Präsident der Union Vaudoise des Associations Musulmanes (UVAM) und Sprecher der FIDS, Morges, 14.7.2017.
- 22 Vgl. Samina Mesgarzadeh / Sophie Nedjar / Mounia Bennani-Chraïbi, «L'organisation des musulmans de Suisse: Dynamiques endogènes et injonctions de la société majoritaire», in: Christophe Monnot (Hrsg.), *La Suisse des mosquées* (Genf: Labor and Fides, 2013), S.76.

## MUSLIMISCHE DACHVERBÄNDE UND VEREINE IN DER SCHWEIZ

### Nationale Dachverbände

Ahmadiyya Muslim Jamaat Schweiz, seit ca. 1962, <i>5 Mitglieder</i>
Türkisch Islamische Stiftung für die Schweiz (TISS), seit 1987, <i>ca. 50 Mitglieder</i>
Föderation Islamischer Vereine der Schweiz, seit 1987, <i>4 Mitglieder</i>
Koordination Islamischer Organisationen der Schweiz (KIOS), seit 1989
Basler Muslim Kommission (BMK), seit 1997, <i>ca. 20 Mitglieder</i>
Föderation der Alevitischen Gemeinden in der Schweiz (FAGS), seit 1998, <i>ca. 13 Mitglieder</i>
Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS), seit 2006
Comunità Islamica nel Canton Ticino (CICT), seit 1992, <i>k.A.</i>
Ligue des Musulmans de Suisse (LMS), seit 1994, <i>k.A.</i>
Schweizerische Islamische Glaubengemeinschaft (SIG), seit 1999, <i>18 Mitglieder</i>
Union des Associations Musulmanes de Fribourg (UAMF), seit 2000, <i>6 Mitglieder</i>
Islamische Gemeinschaft der Bosniaken Kanton Aargau (IZBA), seit 2001, <i>ca. 6 Mitglieder</i>
Vereinigung Islamischer Gemeinden Kanton Luzern (IGL, ehem. VIOKL), seit 2002/05, <i>7–8 Mitglieder</i>
Dachverband Islamischer Gemeinden der Ostschweiz und des Fürstentums Liechtenstein (DIGO), seit 2003, <i>17 Mitglieder</i>
Verband Aargauer Muslime (VAM), seit 2004, <i>8 Mitglieder</i>
Union Vaudoise des Associations Musulmanes (UVAM), seit 2004, <i>17 Mitglieder</i>
Albanisch Islamischer Dachverband der Schweiz (AIVS), seit 2005, <i>27 Mitglieder</i>
Union des Organisations Musulmanes de Genève (UOMG), seit 2006, <i>10 Mitglieder</i>
Union des Associations Musulmanes de Neuchâtel (UNAM), seit ca. 2006, <i>ca. 10 Mitglieder</i>
Union Albanischer Imame in der Schweiz (UAIS), seit 2012, <i>k.A.</i>
Dachverband der Bosniaken der Schweiz, <i>k.A., 19–21 Mitglieder</i>

### Andere kantonale Dachverbände

Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ), seit 1996, <i>ca. 34 Mitglieder</i>
La Lega dei Musulmani in Ticino, <i>k.A., k.A.</i>

### Andere nationale Vereine

Fondation de l'Entre-Connaissance Genève, seit 1999
Forum für einen Fortschrittlichen Islam, seit 2004
Association Suisse des Musulmans pour la Laïcité (ASML), seit 2006
Islamischer Zentralrat Schweiz (IZRS), seit 2009
Vereinigung Islamische Jugend Schweiz, seit 2010
Institut Culturel Musulman de Suisse (ICMS), <i>k.A.</i>

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, soll aber einen Überblick über die muslimischen Dachverbände und nationalen Vereine der Schweiz liefern. Die angegebene Anzahl an Mitgliedern entspricht der Anzahl an Mitgliederorganisationen der jeweiligen Dachverbände. Einige Organisationen sind Mitglieder von mehreren Dachverbänden.

Diese Vielfalt geht auf sich teils überlagernde Faktoren zurück: Staatsangehörigkeit, ethnische Zugehörigkeit, Sprache (Herkunftsland und/oder Schweizer Mehrsprachigkeit), die Auslegung der Religion, politische Aspekte, Alter, Geschlecht und Funktion.<sup>23</sup>

So verfügen die albanischsprachigen Muslime über ihre eigenen nationalen Netzwerke, nämlich den Albanisch Islamischen Verband der Schweiz (AIVS) und die Union Albanischer Imame in der Schweiz (UAIS).<sup>24</sup> Ähnlich gehört ein erheblicher Teil der türkisch-muslimischen Vereine der Türkisch Islamischen Stiftung für die Schweiz (TISS)<sup>25</sup> an. Am Beispiel der Türken in der Schweiz lässt sich gut erkennen, wie sich Divergenzen innerhalb einer nationalen oder sprachlichen Gemeinschaft entweder in religiöser Hinsicht (Sunniten und Aleviten)<sup>26</sup> oder politischer Hinsicht (Einstellung im Hinblick auf die kurdische Frage oder Beziehungen zur türkischen Regierung)<sup>27</sup> widerspiegeln können. Ferner gibt es auch eine gewisse Zahl an Frauen- und Jugendorganisationen.

Auch der föderale Aufbau des politischen Systems in der Schweiz trägt zur Fragmentierung bei. Muslimische Organisationen bilden sich in der Regel entweder auf lokaler oder auf nationaler Ebene entlang sprachlicher und ethnischer Zugehörigkeiten, benötigen aber auch Einrichtungen auf Kantonsebene, da im Schweizer Verfassungssystem die Kantone für religiöse Angelegenheiten zuständig sind.

23 Der Faktor Funktion beinhaltet auch die Art und Weise, wie eine Organisation sich selbst und ihre Ziele definiert. Es muss zwischen Organisationen unterschieden werden, die ihre Funktion als strikt «religiös» betrachten, und Vereinen, die breitere, vor allem kulturelle Ziele verfolgen. Pierre Gisel, «L'islam en Suisse: quels regards pour quelles interprétations», in: Christophe Monnot (Hrsg.), *La Suisse des mosquées* (Genf: Labor and Fides, 2013).

24 Auch wenn beide Organisation sich einen Zusammenschluss irgendwann in der Zukunft vorstellen könnten, (Albinfo, *Erklärung der albanischen religiösen Führer in der Schweiz*, 20.3.2017), belegt die Existenz zweier Dachorganisationen die Fragmentierung der muslimischen Organisationslandschaft. Michael Meier, «Jede Moschee ist autonom», in: *Tages-Anzeiger* (4.7.2016).

25 Türkisch Islamische Stiftung für die Schweiz, <http://diyanet.ch>.

26 Monnot, *Associations musulmanes de Suisse*, S. 50.

27 Mesgarzadeh/Nedjar/Bennani-Chraïbi, *L'organisation des musulmans de Suisse*, S. 58f.

### 1.3 ZWÄNGE UND DYNAMIKEN

Die muslimische Organisationslandschaft in der Schweiz institutionalisiert sich langsam, aber zunehmend. Historisch haben sich muslimische Organisationen zunächst auf lokaler Ebene gebildet, um soziale, kulturelle und religiöse Bedürfnisse zu erfüllen, um die Integration zu erleichtern und die Weitergabe der Kultur in der Diaspora aufrechtzuerhalten.<sup>28</sup> Allerdings haben die Erwartungen verschiedener Akteure in der Schweiz schrittweise dazu geführt, dass die muslimischen Organisationen Menschen muslimischen Glaubens zunehmend auf Kantons- und Bundesebene vertreten.<sup>29</sup> Andere religiöse Akteure suchten nach Vertretern der muslimischen Bevölkerung, um einen interreligiösen Dialog zu führen, während die Behörden, insbesondere die Kantone, einen Ansprechpartner benötigten, um unter anderem die verschiedenen Integrationsmassnahmen zu diskutieren.

Die Kantone entscheiden selbst, ob und welche Religionen sie öffentlich-rechtlich anerkennen. Bislang hat nur der Kanton Basel-Stadt eine muslimische Gemeinschaft anerkannt, nämlich die lokale alevitische.<sup>30</sup> Die öffentlich-rechtliche Anerkennung ist eine politische Entscheidung, die diverse Auswirkungen für die entsprechende Glaubensgemeinschaft haben kann, beispielsweise staatliche Unterstützung und die Möglichkeit, in staatlichen Einrichtungen wie etwa Spitälern oder Gefängnissen Seelsorge zu betreiben.<sup>31</sup>

Im Hinblick auf die Vertretungsfunktion lässt sich zudem unterscheiden zwischen muslimischen Dachverbänden, die aus Einzelorganisationen bestehen, zum Beispiel die Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS),<sup>32</sup> und muslimischen Organisationen

28 Bennani-Chraïbi/Nedjar/Mesgarzadeh, *Rapport final*, 3f.; Martens, *Wohltätiges Engagement*, S. 173.

29 Mesgarzadeh/Nedjar/Bennani-Chraïbi, *L'organisation des musulmans de Suisse*, S. 64–66. Für das interessante Fallbeispiel des Kantons Zürich, siehe Hans Mahnig, «Islam in Switzerland: Fragmented Accommodation in a Federal Country», in: Yvonne Yazbeck Haddad, *Muslims in the West: from Sojourners to Citizens* (Oxford: OUP, 2002), S. 81f.

30 Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt, *Beschluss-Protokoll der 21. und 22. Sitzung*, 17.10.2012, S. 23f.

31 Vgl. Adrian Loretan-Saladin / Quirin Weber / Alexander H.E. Morawa, *Freiheit und Religion: Die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften in der Schweiz* (Berlin: Lit Verlag, 2014).

32 Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz, <http://www.fids.ch>.

ohne Mitgliederorganisationen. Letztere lassen sich wiederum zweifach unterteilen. Die erste Kategorie umfasst Organisationen, die eine bestimmte Auslegung des Islams verbreiten und ebenso untereinander wie auch mit Dachverbänden um ihre Auslegung der Religion konkurrieren.<sup>33</sup> Zwei dieser Organisationen, die in den letzten Jahren häufig in Schweizer Medien erwähnt wurden, sind der Islamische Zentralrat Schweiz (IZRS)<sup>34</sup> und das Forum für einen fortschrittlichen Islam.<sup>35</sup> In die zweite Kategorie fallen muslimische Organisationen der Zivilgesellschaft, die auf lokaler Ebene und zumeist ausserhalb der Strukturen der Dachverbände tätig sind.

Während sich Mitglieder in Dachverbänden auf eine gemeinsame Position einigen müssen, können Organisationen ohne Mitgliederorganisationen ohne langwierigen Konsensfindungsprozess handeln. Dementsprechend sind Dachverbände oftmals schwerfälliger. Dies gilt insbesondere für Dachverbände, die nicht nach sprachlichen oder ethnischen Zugehörigkeiten, sondern nach dem föderalen System der Schweiz strukturiert sind und dementsprechend zusätzliche Diversitätsfaktoren unter ihren Mitgliederorganisationen überbrücken müssen.

Zwei Faktoren haben die Institutionalisierung und «Helvetisierung» der muslimischen Organisationen in der Schweiz im 21. Jahrhundert beschleunigt. *Erstens* haben sowohl internationale Ereignisse wie der 11. September 2001 als auch nationale Ereignisse, etwa die Volksentscheide 2004 über eine erleichterte Einbürgerung und 2009 über ein Minarettverbot, den öffentlichen Druck auf die muslimischen Organisationen deutlich erhöht.<sup>36</sup> Dies wurde in den Interviews immer wieder erwähnt. *Zweitens* liess die damit zusammenhängende negative Berichterstattung in den Schweizer Medien die Muslime näher zusammenrücken und einheitlicher auftreten, um ihre Standpunkte medial zu verteidigen. Gerade in den letzten Jahren, in denen infolge des Aufstiegs des IS und der verheerenden Terrorangriffe in Europa

33 Bennani-Chraïbi/Nedjar/Mesgarzadeh, *Rapport final*, S. 11.

34 Islamischer Zentralrat Schweiz, <http://www.izrs.ch>.

35 Forum für einen fortschrittlichen Islam, <http://www.forum-islam.ch>.

36 Christophe Monnot, *Croire ensemble: Analyse institutionnelle du paysage religieux en Suisse* (Zürich: Seismo, 2013), S. 79; Matteo Gianni / Marco Giugni / Noëmi Michel, *Les Muslims en Suisse. Profils et intégration* (Lausanne: PPUR, 2015), S. 15.

die Berichterstattung über den dschihadistischen Terrorismus stark zugenommen hat, mussten sich die muslimischen Gemeinschaften wiederholt dazu äussern und rechtfertigen. Dies wurde ebenfalls in den Interviews bestätigt.<sup>37</sup>

Die allermeisten muslimischen Organisationen unterliegen zudem erheblichen finanziellen Zwängen. Diesen Aspekt betonten alle unsere Gesprächspartner: muslimische Organisationen, Forscher und Behörden.

### **Die negative Berichterstattung in den Medien liess die Muslime näher zusammenrücken**

Während eine lokale religiöse Gruppierung in der Schweiz im Jahr 2013 über ein Jahresbudget von durchschnittlich 450 000 Franken

verfügte (180 000 Franken im Falle nicht anerkannter Religionsgemeinschaften), belief sich dieser Betrag bei muslimischen Organisationen im Schnitt lediglich auf 60 000 Franken. Ein Drittel der muslimischen Organisationen kann deshalb beispielsweise ihren Imam nicht bezahlen.<sup>38</sup> Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Fähigkeit dieser Organisationen, ihre Institutionalisierung voranzutreiben und bereits bestehende Aktivitäten auszubauen sowie neue anzugehen – darunter auch solche, die zu PVE beitragen.

## **2 MUSLIMISCHE ORGANISATIONEN IN DER SCHWEIZ UND PVE**

Der Aufbau dieses Abschnitts orientiert sich an zwei wesentlichen Merkmalen der von Muslimen in der Schweiz umgesetzten PVE-Massnahmen. Das Merkmal des umsetzenden Akteurs legt *erstens* fest, welche Organisation innerhalb der muslimischen Gemeinschaften die entsprechende PVE-Massnahme implementiert. Auf dem vorherigen Abschnitt aufbauend, wird hier zwischen muslimischen Dachverbänden und ihren Mitgliederorganisationen sowie muslimischen Organisationen der Zivilgesellschaft unterschieden. Muslimische Dachverbände beste-

37 Interview mit Dr. Miryam Eser Davolio, Dozentin, Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW), Zürich, 20.7.2017; Interview mit André Duvillard, Delegierter des Sicherheitsverbundes Schweiz (SVS), Bern, 3.8.2017; Interview mit einem Vertreter einer zivilgesellschaftlicher muslimischen Organisation, 18.7.2017; Interview mit einem Vertreter eines muslimischen Dachverbands, 16.8.2017.

38 Monnot, *Associations musulmanes de Suisse*, S. 42.

hen aus Mitgliederorganisationen, die einen gewissen Repräsentationsgrad ihrer jeweiligen Gemeinschaft anstreben; dazu gehören hauptsächlich lokale Moscheen. Im Gegensatz dazu bestehen zivilgesellschaftliche muslimische Organisationen nicht aus Einzelorganisationen, und sind vorwiegend auf lokaler Ebene und ausserhalb der institutionellen Struktur von Dachverbänden tätig.

Das Merkmal der Interventionsebene unterscheidet *zweitens* zwischen PVE-Massnahmen, die sich entweder auf die Makro-, Meso- oder Mikro-Ebene beziehen. Massnahmen auf der Makro-Ebene zielen auf die gesamthafte Gesellschaft ab, Massnahmen der Meso-Ebene auf eine bestimmte Gruppe oder Gemeinschaft, und Massnahmen auf der Mikro-Ebene auf Individuen.

In Übereinstimmung mit der weitgefassten Definition von PVE, die auch die Schweizer Strategie zur Terrorismusbekämpfung verwendet, werden im Rahmen dieses Kapitels nicht nur Massnahmen und Initiativen berücksichtigt, die die Literatur als PVE-spezifisch ansieht und direkt Radikalisierung verhindern, sondern auch diejenigen, die als PVE-relevant betrachtet werden und sich mit den zugrundeliegenden Ursachen von Radikalisierung auseinandersetzen.

Während die Dimension der Interventionsebene darüber informiert, wer Gegenstand von PVE-Massnahmen ist, wurde die Dimension des umsetzenden Akteurs gewählt, weil diese eine nützliche Differenzierung bereitstellt, um das Potenzial und die Grenzen von PVE-Aktivitäten unterschiedlicher muslimischer Organisationen zu analysieren.

## 2.1 MUSLIMISCHE DACHVERBÄNDE UND IHRE MITGLIEDER

Muslimische Dachverbände gehen von sich aus auf die breitere Gesellschaft zu. Auf der Makro-Ebene können verschiedene Massnahmen identifiziert werden, darunter die Verbreitung verschiedener öffentlicher Erklärungen gegen Gewalt, interkultureller und interreligiöser Dialog sowie die Mitarbeit muslimischer Vertreter in verschiedenen kantonalen Kommissionen.

Nationale und internationale Ereignisse sowie ihre Medienresonanz haben muslimische Organisationen dazu gedrängt, eindeutig öffentlich Stellung gegen jegliche Form von Gewaltanwendung zu beziehen, darunter auch dschihadistischer Terrorismus. Eine wichtige Massnahme

der muslimischen Organisationen ist diesbezüglich die Veröffentlichung von Grundsatzserklärungen, welche ihre Werte und Positionen erörtern. Kantonale Dachverbände greifen häufig darauf zurück.

Etwa ein Jahr nach den Anschlägen in Madrid im März 2004 veröffentlichten der Verband Aargauer Muslime (VAM) und die Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ) eine «Friedensresolution»<sup>39</sup> respektive eine «Grundsatzserklärung»<sup>40</sup>, welche Gewalt eindeutig verurteilten. Andere kantonale Organisationen veröffentlichten später ähnliche Dokumente, darunter die Islamische Gemeinde Luzern (IGL)<sup>41</sup> im Jahr 2009 und die Union Vaudoise des Associations Musulmanes (UVAM)<sup>42</sup> im Jahr 2013. Viele Dachverbände veröffentlichten nach den jüngsten Terroranschlägen Pressemitteilungen, um diese Werte noch einmal zu bekräftigen.<sup>43</sup>

Aufgrund der Heterogenität und Fragmentierung der muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz ist die Erstellung solcher Dokumente häufig langwierig und aufwändig. Einer der Gesprächspartner gab an, dass es für einen grösseren Dachverband mehrere Wochen dauern könne, um eine einfache Pressemitteilung im Namen einer Organisation zu verfassen.<sup>44</sup> Dennoch scheinen sich die Dachverbände inzwischen stärker zu bemühen. Im März 2017 erklärten die beiden wichtigsten landesweiten albanisch-muslimischen Organisationen (AIVS und UAIS) gemeinsam, jeglichen Aufruf zu Gewalt sowie religiös, rassistisch und ethnisch bedingten Hass zu verurteilen. Es wird ausdrücklich erklärt,

39 Verband Aargauer Muslime, *Friedenskundgebung in Baden*, 12.3.2005.

40 Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich, *Grundsatzserklärung*, 27.3.2015.

41 Vgl. Samuel Behloul, «Religion und Religionszugehörigkeit im Spannungsfeld von normativer Exklusion und zivilgesellschaftlichem Bekenntnis. Islam und Muslime als öffentliches Thema in der Schweiz», in: Brigit Allenbach / Martin Sökefeld (Hrsg.), *Muslime in der Schweiz* (Zürich: Seismo, 2010), S. 56.

42 Union Vaudoise des Associations Musulmanes, *L'UVAM: Toute Une Histoire*, 15.12.2013.

43 Interview mit Pascal Gemperli, 14.7.2017. Siehe auch die Website von FIDS, UVAM, BMK und VIOZ.

44 Interview mit André Duvillard, 3.8.2017. Dies ist besonders interessant im Vergleich zu den fehlenden Beschränkungen und der relativen Flexibilität von Organisationen wie dem IZRS oder dem Forum für einen fortschrittlichen Islam. Vgl. Christophe Monnot, «S'inscrire dans l'espace public en tant que musulman en Suisse», in: *Social Compass* 62, Nr. 2 (2015), S. 207f.

dass jedes Mitglied dazu aufgefordert wird, den zuständigen Behörden allfällige Fälle zu melden.<sup>45</sup>

Etwa zwei Monate später kündigte die FIDS ebenfalls an, an einer Charta zu arbeiten.<sup>46</sup> Laut einem Sprecher der FIDS ist diese Charta bereits seit längerem in Arbeit. Er erwähnte nebst dem Mangel an finanziellen Mitteln und Personal auch die Langwierigkeit konsultativer Prozesse in grossen Verbänden.<sup>47</sup> Diesen Schwierigkeiten zum Trotz senden diese Erklärungen ein klares Signal an die Schweizer Bevölkerung.

Des Weiteren arbeiten viele muslimische Dachverbände an der Stärkung der Beziehung und der Integration ihrer Gemeinschaften in die Gesellschaft. Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt grösstenteils durch die Förderung von interkulturellem und interreligiösem Dialog. Viele Dachverbände organisieren regelmässig öffentliche Veranstaltungen, unter anderem auch zum Fest des Fastenbrechens<sup>48</sup> oder im Rahmen eines Tages der offenen Tür von Moscheen.<sup>49</sup> 2015 organisierte die Union Neuchâteloise des Associations Musulmanes (UNAM) eine eintägige Veranstaltung mit dem Ziel, sich «gegenüber der Bevölkerung zu öffnen».<sup>50</sup>

Eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit anderen religiösen Akteuren ist auf allen Ebenen des politischen Systems in der Schweiz vorhanden. Auf Bundesebene sind die FIDS und die Koordination Islamischer Organisationen Schweiz (KIOS) Mitglieder des Schweizerischen Rats der Religionen.<sup>51</sup> Auch auf kantonaler und lokaler Ebene tauschen

45 Albinfo, *Erklärung der albanischen religiösen Führer in der Schweiz*.

46 «Wir arbeiten an einer Charta für Moscheen in der Schweiz», in: *SRF News* (27.05.2017); vgl. Sophie Roselli, «Nous préparons deux chartes éthiques», in: *La Tribune de Genève* (22.9.2017).

47 Interview mit Pascal Gemperli, 14.7.2017.

48 Die BMK organisierte 2017 zusammen mit dem Interreligiösen Forum Basel und einem Basler Regierungsrat einen öffentlichen Anlass. Basler Muslim Kommission, 9. *Öffentliches Fastenbrechen*, 8.6.2017.

49 Die VIOZ und einige ihrer Mitglieder führen regelmässig einen Tag der offenen Tür durch. VIOZ, *Tag der offenen Moscheen*, Oktober 2016, zuletzt am 12./13.11.2016.

50 Pascal Hofer, «Les musulmans s'unissent et se présentent à la population», in: *L'Impartial* (12.11.2015).

51 Schweizerischer Rat der Religionen, *Mitglieder*, <http://www.ratderreligionen.ch/mitglieder>. Vgl. auch Mesgarzadeh/Nedjar/Bennani-Chraïbi, *L'«organisation» des musulmans de Suisse*, S. 70.

sich muslimische Organisationen häufig mit anderen lokalen religiösen Gemeinschaften aus und organisieren gemeinsame Veranstaltungen.<sup>52</sup>

Parallel zur gestiegenen öffentlichen Visibilität<sup>53</sup> senden einige muslimische Organisationen auch Vertreter in kantonale Kommissionen, die für Migrations- und Integrationsfragen zuständig sind. Dieser Vorgehensweise liegt unter anderem der Wunsch der Behörden zugrunde, dass

### **Kriens ist ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen muslimischen Organisationen und Behörden.**

muslimische Gemeinschaften bei Integrationsbestrebungen miteinbezogen werden und ihre Bedürfnisse den lokalen Behörden mitteilen. In zahlreichen Kantonen und Städten ist diese Zusammenarbeit inzwischen institutionalisiert. Das älteste Beispiel

dafür ist vermutlich die Plattform *Groupe de contacts Musulmans*, die von der Integrationsstelle des Kantons Neuenburg verwaltet wird und seit 1996 aktiv ist.<sup>54</sup> Eine ähnliche Plattform gibt es im Kanton Genf. In anderen Fällen ist der lokale Dachverband direkt mit den Behörden verbunden. Im Kanton Aargau ist der Präsident des VAM von Amts wegen Mitglied der Migrationskommission des Kantons. Dasselbe gilt für den Präsidenten der Islamischen Gemeinde Luzern, der Mitglied der Integrationskommission der Stadt ist. Diese Plattformen bieten muslimischen Vertretern auch die Möglichkeit, zu PVE beizutragen, indem über potenzielle Problemfälle gesprochen wird. Zudem können die Bedürfnisse der Gemeinschaft zur Verbesserung der Integration besser erkannt werden. An anderen Orten kommt es, wenn auch oft in weniger institutionalisierter Form, in der Regel ebenfalls zu regelmässigen Kontakten.<sup>55</sup> Engere und regelmässiger Kontakte werden jedoch oftmals

52 Ein Beispiel auf kantonaler Ebene ist die Beteiligung der UVAM im interreligiösen «Dialoghaus» *L'Arzilier*. Union Vaudoise des Associations Musulmanes, *Dialogue interreligieux*. Ein Beispiel auf lokaler Ebene ist die Beteiligung des *Muslimischen Vereins Bern* am Haus der Religionen. Vgl. Muslimischer Verein Bern, *Dialog*.

53 Vgl. Christophe Monnot, «Visibility or Invisibility: The Dilemma of the Muslim Associations of Switzerland», in: *Journal of Religion in Europe* 9 (2016).

54 Die Mitglieder der Plattform treffen sich viermal jährlich. Konferenz der Kantonsregierungen, *Umfrage bei den kantonalen und kommunalen Integrationsfachstellen*, Juni 2015, S. 17f. Vgl. auch Mahnig, *Islam in Switzerland*, S. 80.

55 Konferenz der Kantonsregierungen, *Umfrage bei den kantonalen und kommunalen Integrationsfachstellen*.

durch die politisch kontroverse Tatsache erschwert, dass muslimische Gemeinschaften nicht öffentlich-rechtlich anerkannt sind.<sup>56</sup>

Massnahmen auf Meso-Ebene richten sich an die muslimische Bevölkerung. Hierbei ist erwähnenswert, dass die dschihadistische Radikalisierung und ihre Prävention auch Diskussionsgegenstand in etlichen Dachverbänden sind. Diese versuchen, unter ihren Mitgliedern das Bewusstsein zu schärfen und einen Dialog zu diesem Thema anzustossen.<sup>57</sup> Die vier aktuell wichtigsten Massnahmen auf dieser Ebene sind: 1) Sprachkurse, 2) islamischer Religionsunterricht, 3) das Bereitstellen von Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen – darunter auch Gefängnisse – sowie 4) Imam-Ausbildungen.

Der 2016 publizierte Bericht des SVS hat die Bedeutung von Sprachkursen als Massnahme zur Integration und auch ihre Relevanz für PVE betont.<sup>58</sup> Sprachkurse bieten zum Beispiel die islamische Gemeinschaft in Wil SG<sup>59</sup> oder die Association des Musulmans de Fribourg (AMFR)<sup>60</sup> an. Auch in diesem Bereich ist das grösste Hindernis, um solche Angebote aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen, der Mangel an finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen.

Muslimische Organisationen bieten zum Teil auch islamischen Religionsunterricht an. Der im Bericht des SVS erwähnte Fall von Kriens (LU) ist hierbei ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen muslimischen Organisationen und Behörden: Die örtliche Schule bietet ausserhalb der Schulstunden einen freiwilligen Kurs in islamischer Religion (zwei Stunden pro Woche) an. Der Kurs wurde auf Initiative der islamischen Gemeinde von Kriens organisiert. Die Islamische Gemeinde Luzern bezahlt den Lehrer, während die Schule die Infrastruktur zur Verfügung stellt.<sup>61</sup>

56 Interview mit André Duvillard, 3.8.2017. Vgl. auch Loretan-Saladin/Weber/Morawa, *Die Freiheit und Religion*.

57 2016 widmete die UVAM ihren jährlichen Konferenzzyklus dem Thema der Radikalisierung. Union Vaudoise des Associations Musulmanes, *Assises 2016*, 26.2.2017.

58 SVS, *Präventionsmassnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung*, S.19; 23.

59 Interview mit einem Vertreter einer zivilgesellschaftlichen muslimischen Organisation, 18.7.2017.

60 Association des Musulmans de Fribourg, *Activités*, <http://amfr.ch/activites>.

61 SVS, *Präventionsmassnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung*, S.15f.

Eine weitere Massnahme ist die Aus- und Weiterbildung von Imamen. Ein 2016 publizierter Bericht des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft (SZIG) ist zum Schluss gekommen, dass in der Schweiz ein wesentlicher Weiterbildungsbedarf für Imame bestehe.<sup>62</sup> Der SVS teilte diese Feststellung.<sup>63</sup> Auch die muslimischen Dachverbände rufen regelmässig nach Imam-Ausbildungen in der Schweiz.<sup>64</sup>

Jedoch sind nicht alle muslimischen Organisationen dazu in der Lage oder bereit, die damit verbundenen Kosten zu tragen.<sup>65</sup> Das Thema der Aus- und Weiterbildung von Imamen hängt auch mit der Problematik der sogenannten «Hassprediger» zusammen, welche eine zentrale Rolle bei der Radikalisierung einiger Schweizer Dschihadisten gespielt haben. Einer der akademischen Interviewpartner erzählte, dass einige Mitgliedsverbände der UVAM sich mit salafistischen Imamen auseinandersetzen und diese schliesslich daran hindern mussten, in die Schweiz zu reisen und zu predigen.<sup>66</sup> Es gab in der Schweiz aber auch Fälle, in denen sich Moscheen nicht entschieden genug gegen solche Hassprediger gestellt haben oder diese sogar eingeladen haben.<sup>67</sup>

Aktuell können drei neue Ausbildungsprogramme erwähnt werden. Das erste findet sich im SZIG der Universität Freiburg. Es startete im Jahr 2016 infolge der Veröffentlichung des oben erwähnten Berichts des SZIG zur Ausbildung von Imamen. Es handelt sich jedoch nicht um ein dauerhaftes Programm, sondern um einen Zyklus von Workshops, der in Zusammenarbeit mit lokalen und nationalen muslimischen Verbänden zu aktuellen Themen entwickelt worden ist. Er richtet sich nicht

62 Hansjörg Schmid / Mallory Schnewly Purdie / Andrea Lang, *Islambezogene Weiterbildung in der Schweiz. Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse* (Freiburg: SZIG, 2016), S. 99.

63 SVS, *Präventionsmassnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung*, S. 16; 25.

64 Vgl. Union Vaudoise des Associations Musulmanes, *Papier cadre*, 11.

65 Daniel Fuchs, «Nach Fall Gebenstorf: Der Ruf nach Imam-Ausbildung in der Schweiz erhält neuen Schwung», in: *Aargauer-Zeitung* (1.9.2017).

66 Telefoninterview mit einem Akademiker, 15.7.2017.

67 Johannes Saal, «Jihadi Mobilization within Diaporas: Ethnic Albanian Foreign Fighters from Switzerland», in: *The German Jihad* (6.9.2017).

ausschliesslich an Imame, behandelt aber Themen wie Seelsorge und PVE.<sup>68</sup> Dieser Zyklus wird im März 2018 enden.<sup>69</sup>

Die zweite Ausbildung richtet sich spezifisch an Imame und findet an der Universität Genf statt. Sie folgt einer ursprünglichen Anfrage von muslimischen Gemeinschaften in Genf und besteht aus einem einjährigen Programm, das im Herbst 2017 begonnen hat. Dieses Programm besteht aus einer Mischung aus Sprachunterricht, Kursen zur Schweizer Kultur und theologischen Inhalten. Die Universität, die Integrationsstelle des Kantons Genf sowie lokale muslimische Organisationen organisieren die Ausbildung mit.<sup>70</sup>

Bei der dritten Ausbildung an der Universität Bern steht die Seelsorge im Vordergrund. Seit ihrem Beginn im Frühling 2017 hat sie das Angebot, das es für christliche Seelsorger bereits gibt, auf Imame ausgeweitet. In diesem Rahmen wurden ein Eignungstest sowie eine Weiterbildung zum Thema «geistlicher Beistand» eingeführt.<sup>71</sup> Obwohl muslimische Gemeinschaften nicht direkt in den Prozess zur Schaffung dieser Zertifizierung miteinbezogen wurden, soll die Ausbildung bereits auf grosses Interesse bei Imamen gestossen sein.<sup>72</sup>

Ausbildungsangebote für Imame bleiben jedoch begrenzt. In der Schweiz wurden die Entwicklung und der Ausbau eines Ausbildungsangebotes für Imame politisch angefochten. Beispielsweise lancierte die Schweizerische Volkspartei (SVP) 2015 das kantonale Referendum gegen die Schaffung des SZIG und gegen jegliche Form einer öffentlichen Ausbildung für Imame.<sup>73</sup> In diesem Zusammenhang wird die Entwicklung der Beziehung zwischen der Gesamtbevölkerung und der muslimischen Bevölkerung eine wichtige Rolle bei der künftigen Ausgestaltung von Imam-Ausbildungen spielen.

68 Die Ausbildung von Imamen per se wird im Mandat des SZIG ausdrücklich ausgeschlossen. Vgl. «L'UDC recourt au Tribunal fédéral contre le Centre Suisse Islam et Société de l'Uni de Fribourg (CSIS)», in: *Kath.ch* (17.5.2016).

69 SZIG, *Weiterbildung: Muslimische Organisationen als gesellschaftliche Akteure*.

70 «L'université donnera des cours aux imams», in: *Tribune de Genève* (18.9.2017). Vgl. auch «Une formation inédite pour les imams», in: *Tribune de Genève* (16.3.2017).

71 «Test soll Hassprediger aufdecken», in: *Tages-Anzeiger* (1.1.2017).

72 «Imame sollen zum Eignungstest», in: *NZZ am Sonntag* (1.1.2017).

73 Conseil d'Etat, *Message au Grand Conseil 2015-DICS-69*, 14.12.2015.

Seelsorge beziehungsweise geistlicher Beistand ist ein letzter Bereich, in dem die Involvierung muslimischer Akteure – insbesondere von Imamen – entscheidend ist. Seelsorger von Religionen mit öffentlich-rechtlicher Anerkennung können in öffentlichen Einrichtungen wie Gefängnissen, Spitälern und Asylzentren geistlichen Beistand leisten. Da der Islam jedoch keine öffentlich-rechtliche Anerkennung erhalten hat, ist die Bereitstellung muslimischer Seelsorger rechtlich nicht geregelt. Dies stellt potenziell ein Sicherheitsrisiko dar, da Erfahrungen im Ausland gezeigt haben, dass insbesondere Gefängnisse Orte sind, wo Personen häufig dschihadistisch radikalisiert werden.<sup>74</sup>

Um dies zu verhindern, haben viele muslimische Dachverbände zusammen mit verschiedenen öffentlichen Einrichtungen pragmatische Lösungen entwickelt, damit muslimische Seelsorger geistlichen Beistand leisten können. Dies ist etwa bei der UVAM für Haftanstalten,<sup>75</sup> beim UOMG-Mitglied Association de l'Aumônerie Musulmane für das Kantonsspital Genf<sup>76</sup> oder bei der Basler Muslim Kommission (BMK) für Spitäler wie auch für Haftanstalten der Fall.<sup>77</sup> Aus Sicht derjenigen, die geistlichen Beistand in Gefängnissen empfangen, scheint das Angebot ausreichend.<sup>78</sup> In den meisten Fällen sind die umgesetzten Lösungen jedoch auf lange Sicht schwer aufrechtzuerhalten. Der Mangel an finanziellen Mitteln,<sup>79</sup> an öffentlich-rechtlicher Anerkennung sowie die uneinheitliche Beziehung zu den Behörden sind mitunter Gründe da-

74 Fabien Merz, «Der schwierige Umgang mit Dschihad-Rückkehrern», in: *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik*, Nr. 210 (2017). Die Bedingungen im Gefängnissektor der Schweiz sind jedoch ganz anders als etwa in Frankreich.

75 Union Vaudoise des Associations Musulmanes, *Papier cadre*, 11.

76 Hôpitaux Universitaires Genève, *Conventions*, 18.4.2016. Vgl. auch «L'aumônerie d'hôpital face au défi du pluralisme religieux», in: *Kath.ch* (19.5.2016).

77 Basler Muslim Kommission, *Seelsorge*.

78 Vgl. Eser Davolio et al., *Hintergründe*.

79 Der SVS-Bericht nennt als eine Ausnahme die Haftanstalt Pöschwies (ZH), wo ein muslimischer Seelsorger auf der Basis eines Ad-hoc-Vertrags angestellt ist und über die gleichen Rechte wie andere Seelsorger verfügt.

für, dass muslimische Akteure nur eingeschränkt geistlichen Beistand leisten können.<sup>80</sup>

Die Imam-Ausbildung und der geistliche Beistand sind auch auf der Mikro-Ebene relevante Themen. Wenn die Ausbildung von Imamen und Seelsorgern verbessert und geistlicher Beistand durch muslimische Seelsorger in möglichst vielen öffentlichen Einrichtungen sichergestellt würde, wären diese Akteure auch besser darauf vorbereitet, dort wirksame Präventionsarbeit zu leisten sowie Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und womöglich zu verhindern.

In einem Gespräch wurde ferner die Betreuung muslimischer Konvertiten zu Präventionszwecken erwähnt.<sup>81</sup> Diese Massnahme beruht auf der Annahme, dass muslimische Konvertiten oft weniger über den Islam wissen als diejenigen, die in einer muslimischen Familie aufgewachsen sind und/oder länger Islamunterricht besucht haben. Dadurch, so die Annahme, seien Konvertiten empfänglicher für extremistische Auslegungen des Islams.<sup>82</sup> Etwa 19 Prozent der Schweizer Dschihadisten, und damit überproportional viele, sind Konvertiten.<sup>83</sup>

In einem anderen Interview wurde auch die Rolle betont, die muslimische Organisationen bei der Umsetzung von Massnahmen zur Deradikalisierung spielen können. In La-Chaux-de-Fonds (NE) wurde die Association Culturelle des Femmes Musulmanes de Suisse (ACFMS) von den Behörden gebeten, mit einer jungen Konvertitin, deren Verständnis des Islams als radikal eingestuft wurde, über den Islam und

80 Vgl. SVS, *Präventionsmassnahmen zur Verbinderung von Radikalisierung*, S. 18; Vgl. auch Sylvie Arsever, «Aumôniers musulmans: le long chemin vers la reconnaissance», in: *Infopinions*, Juni 2015.

81 Interview mit Pascal Gemperli, 14.7.2017. Dass Konvertiten aufgrund eines niedrigeren Wissens über den Islam der Radikalisierung stärker erliegen, wird in der Literatur häufig erwähnt. Vgl. Milena Uhlmann, «European Converts to Terrorism», in: *Middle East Quarterly* 15, Nr. 3 (2007), S. 33; Beenish Ahmed, *Why Converts to Islam Are So Susceptible to Becoming Terrorist*, in: *Think Progress* (3.2.2016); Surya Valliappan Krishna, *Radicalisation of Muslim Converts*, in: *IDS Comment* (31.8.2015). Für eine Bestätigung der These fehlt es aber letztlich an empirischen Daten. Vgl. Bart Schuurman / Peter Grol / Scott Flower, *Converts and Islamist Terrorism: An Introduction* (Den Haag: ICCT, 2016).

82 «Un nouvel imam diplômé en droit est engagé à la grande mosquée de Genève», in: *Tribune de Genève* (27.2.2017).

83 Kurt Pelda / Thomas Knellwolf, «Der Weg zum Jihadismus», in: *Tages-Anzeiger* (28.6.2017).

seine Lehren zu sprechen.<sup>84</sup> Ebenfalls wurde aber auch auf die mangelnde Erfahrung und die fehlende Ausbildung im Bereich der Deradikalisierung hingewiesen.<sup>85</sup>

Ein Dilemma im Hinblick auf die Beiträge muslimischer Organisationen zu PVE ist die Frage der frühzeitigen Erkennung und Meldung (oder Anzeige). Könnten muslimische Organisationen eine wichtige Rolle bei der Früherkennung von dschihadistischer Radikalisierung und der Meldung verdächtiger Fälle bei den Behörden spielen? Mehrere Vertreter muslimischer Organisationen haben sich öffentlich dafür ausgesprochen.<sup>86</sup> So war in einem Gespräch von «dem Vorhaben der Durchführung einer illegalen Handlung» die Rede,<sup>87</sup> und die Charta der albanischen Muslime erwähnt «Rufe nach Gewalt und religiös, rassistisch oder ethnisch bedingten Hass».<sup>88</sup> Das Festlegen der Schwelle zwischen «unproblematischem» und «problematischem» Verhalten ist jedoch schwierig. Zwischen Radikalisierungsprozessen ohne Gewaltabsicht, die rechtmässig und durch die Religions- und Meinungsfreiheit geschützt sind, und Radikalisierungsprozessen mit Gewaltabsicht muss aber unterschieden werden.<sup>89</sup> Laut dem Präsidenten der UVAM bedeutet diese Schwierigkeit für muslimische Organisationen, dass einerseits Falschmeldungen an die Behörden das Vertrauen zwischen der Organisation und ihren Mitgliedern ernsthaft beschädigen können. Dies sei umso mehr der Fall, wenn man sich ihre religiöse, kulturelle und soziale Funktion vor Augen führe. Dementsprechend würden Organisationen kein Risiko eingehen, wenn sie sich hinsichtlich eines spezifischen Falls unsicher sind. Andererseits haben muslimische Organisationen weder die Erfahrung noch die Kenntnisse, um Fälle von Radikalisierung mit einer gewaltbereiten Komponente zuverlässig zu erkennen. Der Präsident der UVAM betonte zum Beispiel die Schwierigkeit, zwischen

84 Interview mit Miryam Eser Davolio, 20.7.2017.

85 Interview mit Pascal Gemperli, 14.7.2017.

86 Siehe Albinfo, Erklärung der albanischen religiösen Führer in der Schweiz; «Pour l'imam de Genève, il n'y a «aucun problème à dénoncer les radicalisés»», in: *Radio Télévision Suisse* (22.8.2017). Interview mit Pascal Gemperli, 14.7.2017.

87 Interview mit Pascal Gemperli, 14.7.2017.

88 Albinfo, *Erklärung der albanischen religiösen Führer in der Schweiz*, 20.3.2017

89 Interview mit Pascal Gemperli, 14.7.2017.

Frömmigkeit und Radikalismus zu unterscheiden. Diese Aussage wird bestätigt durch wissenschaftliche Untersuchungen, die weder ein klares Profil noch eindeutige Zeichen von radikalisierten Personen ausmachen können.<sup>90</sup>

## 2.2 ZIVILGESELLSCHAFTLICHE MUSLIMISCHE ORGANISATIONEN

Zivilgesellschaftliche muslimische Organisationen, die vorwiegend auf lokaler Ebene und ausserhalb der institutionellen Struktur von Dachverbänden tätig sind, sind auch verstärkt im Bereich von PVE aktiv.

Auf Makro-Ebene befassen sich die Akteure hauptsächlich mit Aspekten gegenseitigen Misstrauens zwischen Muslimen und dem Rest der Gesellschaft, indem der Dialog zwischen den Kulturen und Religionen und die gegenseitige Akzeptanz gefördert werden. Eine Organisation, die sich in diesem Bereich engagiert, ist die in der Stadt Freiburg beheimatete muslimische Jugendorganisation «Frislam».<sup>91</sup> Sie will junge Muslime dazu ermutigen, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und Brücken zwischen der lokalen muslimischen Gemeinschaft und der Gesamtbevölkerung zu bauen und zu stärken.<sup>92</sup>

Am jährlichen «Fastentag» lädt Frislam Muslime und Nichtmuslime zum Fest des Fastenbrechens ins Zentrum von Freiburg ein. Am diesjährigen «Fastentag» im Juni 2017 nahmen rund 900 Menschen teil, darunter auch der Bürgermeister von Freiburg und andere lokale Würdenträger.<sup>93</sup> Die Veranstaltung, die laut den Organisatoren dazu dienen soll, sich kennenzulernen und Ängste abzubauen, war sehr erfolgreich. Dies zeigte sich nicht nur an der blossen Zahl an Teilnehmern und einer heterogenen Teilnehmerschar, sondern auch am positiven Medienecho.<sup>94</sup> Derartige Initiativen tragen zur Förderung eines positiven Bildes von Muslimen unter der Schweizer Bevölkerung bei und widerlegen nega-

90 Vgl. Eser Davolio et al., *Hintergründe*.

91 <https://www.frislam.ch>.

92 Frislam wurde von jungen Muslimen initiiert, hat aber auch nicht-muslimische Mitglieder.

93 Katholisches Medienzentrum, *Humorvolles Fastenbrechen in Freiburg zieht 900 Leute an*, (11.6.17).

94 «Freiburger Fest soll Verständnis für Muslime fördern», in *SRF News*, 10.6.2017.

tive Klischees. Die Überwindung von Misstrauen stellt ein wichtiges Element von PVE dar. Dies bestätigten mehrere Gesprächspartner.<sup>95</sup>

Zivilgesellschaftliche muslimische Organisationen sind auch auf Meso-Ebene zunehmend aktiv. Sie stärken die Widerstandsfähigkeit lokaler muslimischer Gemeinschaften gegenüber Radikalisierung. Eine zivilgesellschaftliche Organisation, die auf dieser Ebene besonders aktiv ist, ist «Tasamouh», die im Jahr 2016 in Biel ins Leben gerufen wurde. Tasamouh ist vor allem durch seine Ausbildung interreligiöser Mediatoren bekanntgeworden. Diese suchen den Kontakt mit «gefährdeten» muslimischen Jugendlichen und deren Familien, wobei explizit das Ziel im Vordergrund steht, Radikalisierung vorzubeugen. Daneben versucht Tasamouh auch, Verständnis und Akzeptanz zwischen den Kulturen und den Religionen zu fördern. Eine ihrer jüngsten Initiativen war beispielsweise auf die kulturelle und religiöse Sensibilisierung junger Lehrer ausgerichtet, um deren zukünftige Arbeit mit muslimischen Schülern zu erleichtern und zu vermeiden,

**Die Förderung von interkulturellem und interreligiösem Dialog leistet einen wichtigen Beitrag zum Abbau von gegenseitigem Misstrauen.**

dass sich Schüler aufgrund kultureller Missverständnisse von ihren Lehrern entfremden. Tasamouh hat auch eine Diskussionsrunde zwischen lokalen Unternehmern und jungen muslimischen Frauen organisiert, die beim Tragen eines Kopftuchs im beruflichen Umfeld mit Problemen konfrontiert waren. Die Veranstaltung hatte zum Ziel, unter den Unternehmern das Bewusstsein für diese Probleme zu schärfen.<sup>96</sup> Durch die Förderung von interkulturellem und interreligiösem Dialog leisten solche Initiativen einen wichtigen Beitrag zum Abbau von gegenseitigem Misstrauen und Unverständnis.

Die Veranstaltung hatte zum Ziel, unter den Unternehmern das Bewusstsein für diese Probleme zu schärfen.<sup>96</sup> Durch die Förderung von interkulturellem und interreligiösem Dialog leisten solche Initiativen einen wichtigen Beitrag zum Abbau von gegenseitigem Misstrauen und Unverständnis.

95 Interviews mit André Duvillard, 3.8.2017, und Miryam Eser Davolio, 20.7.2017; Interview mit einem Vertreter einer zivilgesellschaftlichen muslimischen Organisation, 15.8.2017; Interview mit Vertreter eines muslimischen Dachverbands, 16.8.2017. Dies wird auch erwähnt im Bericht von Eser Davolio et al., *Hintergründe*.

96 Interview mit einem Vertreter einer zivilgesellschaftlichen muslimischen Organisation, 15.8.2017. Vgl. auch «Un colloque a réuni femmes voilées et employeurs à Bienne», in: *Radio RTS*, 15.11.2016.

Ein weiteres Beispiel ist «Fair Winti», ein in Winterthur ansässiger Verein, der von einem muslimischen Lokalpolitiker ins Leben gerufen wurde, nachdem mehrere Fälle von Radikalisierung in der Region bekannt geworden waren. Fair Winti bietet unter anderem jungen Menschen mit Migrationshintergrund Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Solche Initiativen zur sozioökonomischen Integration stehen im Einklang mit der präventiven Komponente der Schweizer Strategie zur Terrorismusbekämpfung, welche die Bedeutung von Massnahmen zur Reduzierung von Jugendarbeitslosigkeit und zur Gewährleistung eines Zugangs zum Arbeitsmarkt zwecks PVE betont hat.

Während Initiativen wie das Mentorenprogramm von Tasamouh und das Hilfsangebot von Fair Winti auf die Meso-Ebene ausgerichtet sind (sie richten sich an die muslimische Jugend und im Fall der Initiative von Tasamouh auch an deren Familien), verfügen beide auch über eine deutliche Dimension auf Mikro-Ebene: Sie kümmern sich entweder direkt um Menschen, um (im Fall des Angebots von Fair Winti) deren Widerstandsfähigkeit gegenüber Radikalisierung generell zu stärken, oder (wie im Fall des Mentorenprogramms von Tasamouh) auch direkt um Menschen, die bereits radikalisiertungsgefährdet sind.

Unsere Gesprächspartner betonten, dass auch für die von den zivilgesellschaftlichen muslimischen Organisationen lancierten Initiativen häufig zu geringe finanzielle Mittel vorhanden seien und dass dementsprechend oftmals auf Freiwillige zurückgegriffen werden müsse. Dies habe zur Folge, dass es für die Organisationen schwer sei, solche Initiativen ausweiten und zu professionalisieren.<sup>97</sup>

## FAZIT

Dieses Kapitel hat aufgezeigt, wie die muslimischen Organisationen in der Schweiz zur Prävention von gewaltbereiten Extremismus beitragen. Es wurden vier Hauptspannungsfelder identifiziert, bei denen Potenzial bestehen würde, die Beiträge der muslimischen Organisationen zu PVE weiter zu optimieren. Diese sind 1) die Fragmentierung von muslimischen Organisationen in der Schweiz; 2) der Mangel an Geldmitteln

97 Interviews mit Vertretern von zivilgesellschaftlichen muslimischen Organisationen, 18.7.2017 und 15.8.2017.

und Personal, der eine Ausweitung, Professionalisierung und Institutionalisierung dieser Beiträge erschwert; 3) die Zusammenarbeit mit Behörden, die durch den Mangel an öffentlich-rechtlicher Anerkennung eingeschränkt ist; sowie 4) Vertrauensfragen, einerseits innerhalb der muslimischen Gemeinschaften, andererseits aber auch zwischen Muslimen und behördlichen Instanzen sowie zur Gesellschaft.

Die Unterscheidung zwischen den Dachverbänden und zivilgesellschaftlichen muslimischen Organisationen ist wichtig, um zu verstehen, wie die Beiträge muslimischer Organisationen zu PVE verbessert werden könnten. Zivilgesellschaftliche muslimische Organisationen sind hauptsächlich ausserhalb von Dachverbänden tätig. Dementsprechend sind sie weniger durch die fragmentierte Organisationsstruktur eingeschränkt und agiler als Dachverbände, die Konsens unter ihren Mitgliederorganisationen schaffen müssen, bevor sie handeln können. Dementsprechend könnte eine wirkungsvolle Möglichkeit zur kurzfristigen Optimierung des Beitrags, den die Muslime in der Schweiz zu PVE leisten, darin bestehen, den Mangel an finanziellen Mitteln und Personal anzugehen und zivilgesellschaftlichen muslimischen Organisationen gegebenenfalls Mittel zur Verfügung zu stellen. Unseren Interviews nach zu urteilen, wäre der Wille unter zivilgesellschaftlichen muslimischen Organisationen durchaus vorhanden, ihren Beitrag zu PVE zu verbessern und auszuweiten.<sup>98</sup>

Um die Beiträge der muslimischen Organisationen zu PVE jedoch mittel- und langfristig zu optimieren, scheint kein Weg daran vorbeizuführen, die Probleme anzugehen, welche die Dachverbände beim Erbringen von Leistungen im Bereich von PVE behindern. Einzig die Dachverbände haben die erforderliche Legitimität, um die muslimischen Gemeinschaften zu vertreten. Nur sie können den anderen gesellschaftlichen Akteuren die Gesprächspartner bereitstellen, die diese für eine verbesserte Zusammenarbeit für PVE benötigen. Dies kann nur geschehen, wenn die Probleme der fragmentierten Organisationsstruktur angegangen werden. Eine solche Überwindung ist aber ein langwieriger Prozess, den die muslimischen Organisationen von sich aus beginnen und endogen steuern müssen.

98 Interviews mit Vertretern von zivilgesellschaftlichen muslimischen Organisationen, 18.7.2017 und 15.8.2017.

Unsere Interviews weisen darauf hin, dass sich die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen Behörden und der muslimischen Gemeinschaft in den letzten Jahren verbessert haben. Darauf kann künftig aufgebaut werden. Die Interkulturelle Fachstelle «Brückenbauer» der Kantonspolizei Zürich, die den Kontakt und die Beziehungen zwischen der Polizei und den Menschen und Institutionen aus anderen Kulturkreisen verbessern will, könnte als eines von vielen Beispielen dienen, wie die Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen im Bereich von PVE vonseiten der Behörden verbessert werden kann.

Die verschiedenen Initiativen der Dachverbände, die sich an die ganze Bevölkerung richten, gehen in die richtige Richtung. Sie bauen Vorurteile ab, hinterfragen negative Einstellungen gegenüber Muslimen und schaffen gegenseitiges Vertrauen. Auch in diesem Bereich müssen aber die Bemühungen beidseitig erfolgen. Jedes Mitglied der Gesellschaft, nicht nur die Muslime, trägt die Verantwortung dafür, dass ungerechtfertigte Vorurteile und negative Haltungen gegenüber Muslimen in der Schweiz nicht Überhand gewinnen.